

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chofredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: 102 28; 21 90 38/39
Telex: 8 86 842 pabr. d

Inhalt

Annemarie Renger MdB
gratuliert Herbert Wehner,
der heute 80 Jahre wurde:
Wandel und Bewährung.
Seite 1

Dr. Hans-Jochen Vogel MdB
betont das Erfordernis eines
beiderseitigen Atomtest-
moratoriums: Ein Gebot
der Vernunft.
Seite 4

Georg Schlaga MdB stellt
Forderungen zum Besuch
des pakistanischen Premier-
ministers: Helfen - und
Menschenrechte einfordern.
Seite 5

41. Jahrgang / 129

11. Juli 1986

Das Plenum zum Forum der Nation gemacht

Ein Glückwunsch an Herbert Wehner, der heute 80 Jahre wurde

Von Annemarie Renger MdB
Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages

„Politisches Urgestein“ - so hat der heute 80 Jahre alt gewordene Herbert Wehner seinen politischen Gegner Konrad Adenauer genannt. Diese Bezeichnung trifft auch auf ihn zu, der zu den bedeutenden Gestalten der Sozialdemokratie zählt.

Das Schicksal hat Herbert Wehner einen bewegten Lebenslauf beschert, dessen politische Seite sich nach seinen eigenen Worten mit den Begriffen Wandel und Bewährung fassen läßt. Herbert Wehner hat klar die Abkehr von einem doktrinären Marxismus vollzogen, der einen Ausschlielichkeitsanspruch verlangte; was er Bewährung nannte, war das Bestreben, die SPD zu einer vom Volk akzeptierten großen, tragenden, gestaltenden und reformierenden Kraft zu machen.

Die geistige Auseinandersetzung, der Kampf mit den Mitteln des Wortes, das war sein Element, mit dem er den politischen Gegner zu erreichen suchte - wie man weiß, oft mit Erfolg. Aber er bemuhnte sich auch um politische und menschliche Brücken.

In den Jahren nach Kurt Schumacher hat Wehner immer wieder versucht, die Frage nach der deutschen Einheit neu zu stellen, Deutschland in ein befriedetes Europa einzubetten, die Kluft zwischen den beiden deutschen Staaten nicht unüberbrückbar werden zu lassen. Er verkündete, daß das geteilte Deutschland keine unheilbar untereinander verfeindeten Sozial- und Christdemokraten verkraften könne.

Ich glaube, es war 1947, als ich Herbert Wehner zum ersten Mal mit Kurt Schumacher traf. Ich hatte den Eindruck, beide Männer wären aufeinander neugierig. Der eine verschlossen, abwartend, Kurt Schumacher forschend, durchdringend. Sie gewannen schnell eine Beziehung zueinander und wurden zu interessierten Gesprächspartnern. Dabei gab es immer ein gewisses Spannungselement, wobei Wehner deutlich machte, daß er den anderen als die geistige und politische Führungsperson anerkannte.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus 1/217
5300 Bonn 1, Postfach 12 04 08

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
mtl. zuzügl. Mwst und Versand.

Veraufter Umwelt
mit einem roten
Kreuz-Logo



Eine der tragenden Gemeinsamkeiten war zweifellos das Interesse an einer starken Sozialdemokratie, die allein die Durchsetzung ihrer politischen Zielvorstellungen in einem demokratischen Staat gewährleisten konnte. Was bedeutete das inhaltlich?

Dort, wo es eine starke Sozialdemokratie gibt, gibt es links - also reformerisch-sozial - keine demokratische Linke.

Nur eine starke Sozialdemokratie und eine kämpferische kann die Anziehungskraft über die ursprüngliche Klassentheorie hinaus in andere Schichten hinein ausüben, wenn sie Staat und Gesellschaft im Sinne eines humanen und sozialen Staates mit mehr Mitbestimmung, mit mehr Selbstverwaltung, anstrebt und er sagte: „Wir müssen als Partei unter Beweis stellen, daß wir eine allgemeine Ordnung anstreben, die keine Schicht und keine Gruppe der Bevölkerung mehr benachteiligt.“

Die starke Sozialdemokratie war und ist zugleich auch die Absage an die Idee einer kommunistisch-sozialdemokratischen Einheitspartei gewesen - Herbert Wehner nannte es eine Wahnidee, diese in den Westen zu übertragen - wie das die Machthaber in der damaligen SBZ verwirklicht hatten.

Er hielt es für eine der wichtigsten Aufgaben der Partei, Orientierungen zu geben und Politik immer wieder neu nach den Erfordernissen der jeweiligen Zeit und angesichts der Interessen der Menschen darzulegen und zu erklären, nach welchen Grundsätzen sie verfährt und sich leiten läßt.

Seine Rede zum 30. Juni 1960, die in Teilen der SPD nicht unumstritten war und in der er erklärte, daß das europäische und atlantische Vertragssystem „Grundlage und Rahmen für alle Bemühungen der deutschen Außen- und Wiedervereinigungspolitik ist“ legen davon ebenso beredt Zeugnis ab wie der Gang in die Große Koalition im Jahre 1966. Die Partei zusammenzuhalten, sie stark zu machen und sie zuletzt regierungsfähig zu machen, dazu hat er entscheidend beigetragen. Als Fraktionsvorsitzender konnte er zuweilen recht unbequem werden. Der Historiker Rovon charakterisierte ihn als „Der Alte mit der Peitsche, der Hirte, der die Herde auf dem rechten Wege hält - oder auch der Hirtenhund, der gelegentlich die Herde ins Bein beißt“.

Er selbst fühlte sich, wie er oftmals sagte, als Kärner, der den Karren so lange zog, wie die anderen es wollten. Gelegentlich brach es auch aus ihm heraus, wenn er meinte, daß man ihn noch immer nicht ganz als einen „in der Wolle gefärbten Sozialdemokraten“ akzeptiert hätte. Hier begann seine Verletzlichkeit, die aus der Sache kam, der er dienen wollte.

Dabei ist Herbert Wehner Sozialist geblieben - in einem originären Verständnis - ein demokratischer Sozialist. In einem Interview sagte Herbert Wehner über Kurt Schumacher, daß er dessen Definition des Sozialismus auch für sich akzeptiere: „nämlich als ökonomische Befreiung der moralischen und politischen Persönlichkeit“. Und er teilte die Auffassung von Schumacher, daß „wir... als Deutsche erkennen (müssen), daß man als Sozialist auch Demokrat sein kann, sowohl aus diesen Methoden der ökonomischen Analyse als auch aus den Erkenntnissen etwa einer rationalen Philosophie oder aus moralischen und ethischen Gründen oder aus dem Geist der Bergpredigt heraus“.



Wehniers Engagement für die Menschenrechte, sein Freiheitsbegriff, verbunden mit der Forderung nach der Selbstbestimmung der Nation haben ihm die Achtung auch der politischen Gegner eingebracht. Geradezu klassisch war seine Antwort auf den Zuruf: „Über Freiheit kann jeder reden!“ Darauf Herbert Wehner: „Ja, aber nur in Freiheit!“ Ich glaube, es war das Trauma seiner politischen Erfahrungen von Weimar, als er auf dem Godesberger Parteitag ausrief: „Ich gehöre zu den Gebrannten.“ Und er wandte sich gegen den Marxismus als Dogma und den Radikalismus als Ausschließlichkeit einer Auffassung.

Sein Wunsch war, „den Staat bis in die letztmögliche Konsequenz zu demokratisieren und feste Fundamente durch die Verankerung der Demokratie im Wirtschaftlichen und Sozialen zu schaffen“. Wehner fand auch persönlich immer wieder Wege zu helfen. „Ich kann Menschen nicht leiden sehen“ - dies ist ein bezeichnender Satz für ihn und ein anderer: „Ich möchte nicht umsonst gelebt haben.“

Ein Wort zum Stil der politischen Reden von Herbert Wehner darf hier nicht fehlen: Sein Redestil und seine Sprachgewalt sind gewiß nicht mit dem heute bewußt zurückgenommenen Sprachstil der sogenannten Intellektuellen zu vergleichen. Ich verhehle nicht, daß seine dialektische Sprache verwirrend sein konnte, aber, um einen Slogan zu gebrauchen: Man mußte von Herbert Wehner gefesselt sein! Die Sprache war für ihn ein Politikum. Seinen Sprachbildern konnte man sich nicht entziehen; Kaskaden gleich konnten sie auf die Zuhörer herunterprasseln.

Seine Zwischenrufe und Polemiken oder auch Verballhornungen von Namen ersetzten aber in ihrer treffsicheren Kürze oftmals einen ganzen Leitartikel. Dennoch: Er wollte vor allem überzeugen, auch wenn er betont verletzte. Aber dieses Stilmittel war ihm politische Waffe und diente selten der persönlichen Herabsetzung des politischen Gegners.

Ich möchte diese knappen Bemerkungen über ihn nicht ohne ein persönliches Wort schließen. Herbert Wehner ist für mich in vieler Hinsicht das Vorbild eines Parlamentariers geblieben. Nicht nur seine unermüdliche Ausdauer im Plenum - Herbert Wehner in der Abgeordnetenbank hat sich der Bevölkerung als Bild eingeprägt - sondern die Bedeutung, die er der politischen Auseinandersetzung an diesem Ort beimaß, zeichneten ihn aus. Wie Kurt Schumacher vor ihm, so hat auch er wie kaum ein anderer das Plenum zum Forum der Nation gemacht. Ich wünschte, seine politische Leidenschaft, die sich selbst um einer guten, moralisch überlegenen Sache wegen verzehrt, quält und weiterkämpft, würden auch die beherzigen, die nach ihm kommen. Wir ehren heute einen Mann, dem Deutschland, die Partei und wir alle viel zu danken haben.

(-/11.7.1986/rs/ks)



Das Atomtestmoratorium - ein Gebot der Vernunft

Die Völker warten auf einen ersten konkreten Schritt zur Beendigung des Wettrüstens

Von Dr. Hans-Jochen Vogel MdB
Vorsitzender der Sozialdemokratischen Bundestagsfraktion

Das Nicht-Verbreitungsabkommen aus dem Jahr 1968 verpflichtet die Atommächte, Verhandlungen über die Beendigung des nuklearen Wettrüstens in naher Zukunft und über nukleare Abrüstung zu führen. Der einschlägige Passus lautet: „Die Unterzeichner verpflichten sich, in redlicher Absicht Verhandlungen zu führen über wirksame Maßnahmen zur Beendigung des nuklearen Wettrüstens in naher Zukunft und zur nuklearen Abrüstung sowie über einen Vertrag zur allgemeinen und vollständigen Abrüstung unter strenger und wirksamer internationaler Kontrolle.“

Der Test-Stopp-Vertrag vom August 1963 hatte schon zuvor die Nuklearwaffenstaaten zu Verhandlungen über ein Verbot auch der unterirdischen Atomtests aufgefordert. Im Einklang damit verlangten seitdem alle deutschen Bundesregierungen die Einstellung von Versuchen, bei denen Atomwaffen gezündet werden. Die Sozialdemokraten haben diese Forderung auf ihren Parteitag mehrmals bekräftigt und darauf hingewiesen, daß ein solches Moratorium einen ersten konkreten Schritt zur Beendigung des wahnwitzigen Rüstungswettlaufes darstellen würde.

Wir haben deshalb das einseitige Moratorium von der Sowjetunion, das zuletzt bis zum 6. August 1986 verlängert worden ist, ausdrücklich begrüßt. Und wir haben die US-Administration aufgefordert, diesem Beispiel zu folgen.

Heute wiederhole ich diesen Appell. Die Völker warten auf ein solches Signal. Sie warten darauf um so mehr, weil die Verwirklichung eines derartigen Moratoriums keinerlei weitere Verhandlungen voraussetzt, und weil seine Einhaltung von beiden Seiten ohne zusätzlichen technischen Aufwand kontrolliert werden kann.

Die Begegnung von Genf hat große Hoffnungen geweckt. Wer sie enttäuscht, läßt schwere Verantwortung auf sich. Der 6. August, der Tag an dem die erste Atombombe auf Hiroshima fiel, mahnt wie kaum ein anderer Tag dieser Verantwortung gerecht zu werden. (-/11.7.1986/rs/ks)

* * *

Pakistan helfen - und Menschenrechte einfordern

Zum Besuch des Premierministers Mohammed Khan Junejo

Von Georg Schlaga MdB
Stellvertretender Vorsitzender des Arbeitskreises für Außen- und Sicherheitspolitik
der SPD-Bundestagsfraktion

Der pakistanische Ministerpräsident Mohammed Khan Junejo kommt am 13. Juli zu seinem ersten Staatsbesuch in die Bundesrepublik.

Dieser Besuch ist mehr als das Auffrischen funktionierender Beziehungen. Der Ministerpräsident, der in seinem Land institutionell eine relativ schwache Position hat (denn Parteien sind verboten, Pakistan ist nur formal seit dem 30. Dezember 1985 keine Militärdiktatur mehr; und er wird daher eben nicht von Parteien sondern nur vom Präsidenten, General Zia ul haq, ernannt), kommt im Namen und Auftrag Zias'.

Das heißt, er will Hilfe für sein bedrängtes Land, das ein Entwicklungsland ist (nach UNO-Kriterien von 1974 gehört es zu den meisten von der Wirtschaftskrise betroffenen Ländern und erhielt seit 1950 circa drei Milliarden Entwicklungshilfe), das bei stark zunehmender Tendenz mehr als 90 Millionen Einwohner hat, über drei Millionen afghanische Flüchtlinge beherbergt und sich - bei von außen geschürten ethnischen Problemen - in einer schwierigen „Sandwich-Position“ zwischen Afghanistan (Sowjetunion) und Indien befindet.

Ich bin dafür, daß die Bundesrepublik weitere und höhere Entwicklungshilfe und für die Flüchtlinge humanitäre Hilfe leistet. Das stärkt zwar leider das System, kann aber bei entsprechendem Nachdruck dazu führen, Menschenrechtsverletzungen in dem Lande zu reduzieren und Elemente britischer Rechtsprechung zu erhalten. Den Mut, beides zu fordern, sollte die Bundesregierung haben trotz der harten Bestrebungen der pakistanischen Regierung, die Scharia zu komplettieren.

Im übrigen wird es unsere Frauenpolitikerinnen interessieren, daß es in diesem pakistanisch-konservativ-islamischen Parlament - vorgegeben! - immerhin eine Frauenquote von 20 von 237 Sitzen gibt und zehn weitere Sitze für sogenannte Minderheiten vorgehalten werden. Es sind zwar bei dem letzten Druck auf den Präsidenten im Frühjahr 1986 „parlamentarische Kräfte“ freigesetzt worden

(und das bei verbotenen Parteien!), die man eigentlich verhindern wollte. Pakistan ist ein Land mit überdurchschnittlich vielen unbequemen Intellektuellen und deutlichen Emanzipationsbestrebungen weiblicher Bürger in den Städten. Allerdings hat Pakistan auch eine Untergrundopposition, die von einer Frau - Benazeer Bhutto - geführt wird.

Nach vorangegangenen Tiefs in den Beziehungen zwischen Pakistan und den USA haben die USA nach der sowjetischen Aggression in Afghanistan dem Land 3,2 Milliarden Dollar Militär- und Wirtschaftshilfe zur Verfügung gestellt (zu Marktzinssätzen) und verhandeln zur Zeit über weitere drei bis sechs Milliarden Dollar Hilfe.

Die Deutschen haben in Pakistan ein fast irrational anmutendes gutes Ansehen. Das könnte es erleichtern, das Handelsvolumen auszuweiten (es ist gering: an 6. beziehungsweise 53. Stelle), die kulturellen Beziehungen zu vertiefen (weitere Ausgrabungen der etwa 6.000 Jahre alten großartigen Indostal-Kulturen bei Moenjodaro, Taxila unter anderem; Ausweitung und Festigung der Arbeit der Goethe-Institute in Karachi und Lahore und gegebenenfalls die Einrichtung einer Zweigstelle in Islamabad?).

Und was steht auf dem Programm der Gespräche zwischen der Bundesregierung und dem Ministerpräsidenten Mohammed Khan Junejo?

- Kulturaustausch (siehe oben!)
- Vermehrte Hilfe für afghanische Flüchtlinge (siehe oben!)
- Stabilisierung der innenpolitischen Lage in Pakistan...
- Rüstungshilfen? (nein!)

Ich begrüße im Namen der Sozialdemokratischen Fraktion im Deutschen Bundestag den Besuch von Ministerpräsident Mohammed Khan Junejo und begrüße die guten Beziehungen zwischen den beiden Ländern und wünsche Vertiefung. Ich wünsche dem Land Bestand und mehr Demokratie als bisher und gute Erfolge in den indirekten Verhandlungen mit Afghanistan in Genf, das heißt den sofortigen Abzug sowjetischer Truppen aus Afghanistan! Nur dieser Abzug kann die Region (Indien, Pakistan, Afghanistan) stabilisieren. Und das geht auch Europa sehr an! (-/11.7.1986/rs/ks)

* * *

